

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten
für ein Jahr monatlich 26.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Zusteller
und für Anzeigen die Druckerei
an. — Erscheint werktäglich.
Anspruch: Anstalt Nr. 53.
Telegraphische: Tageblatt Erzgebirge.

Abonnement: Die Abonnementpreise
bestimmen sich nach dem Umfang
und dem Inhalt der Anzeigen. —
Anzeigen 4.00 Mark. Reklamations-
preis 12.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 156

Freitag, den 7. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer Savandmeldung wird in politischen Kreisen in Paris erklärt, daß die Ernennung des Verwaltungsdirektors im Ministerium des Aussenwesens Maurice Herbe zu dem französischen Botschafter in Berlin an Stelle von Laurent unmittelbar bevorstehe.

Lord Robert Cecil hat der Reparationskommission ein ausführliches Programm zur allgemeinen Entwaffnung unterbreitet.

In Dublin haben sich alle Ausländischen ergeben. Die Befestigungen sind niedergebrannt.

Reichstagsauflösung?

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die Entspannung der innerpolitischen Lage macht eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Parteien eine neue Möglichkeit. Das Wort Reichstagsauflösung hört man heute wieder häufiger als vor einigen Tagen. Die Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Reichsausschuß des Reichstages scheint einmütiger zu verlaufen, als man erwartet hatte. Von allen Seiten trat das Bestreben hervor, die Regierungsvorlage zu erweitern und zu verschärfen. Der Antrag der Demokraten, das Gesetz so zu fassen, daß jeder politische oder wirtschaftliche Versuch, eine Verletzung der Verfassung zu bewirken, mit gleicher Härte bestraft werde, schien allgemeinen Anklang zu finden. Er unterscheidet sich von der Zentrumsanregung, daß die Auslegung des Gesetzes so gestaltet werden müsse, daß es sich gegen jeden richte, der das Gesetz verletze. Der Unerschied liegt darin, daß nach dem demokratischen Antrag dem Gesetz der Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen eine bestimmte politische Richtung restlos genommen wird, während die Zentrumsanregung nur die Auslegung vor Einseitigkeiten bewahren möchte. Daß auch der Reichsjustizminister Radbruch inzwischen eingesehen hat, wie falsch seine erste Ankündigung bezüglich der Schutzaktion der Republik gewesen ist, erkannte man daraus, daß er jetzt im Ausschusse erklärte, seine Worte hätten sich nur auf die Verurteilung des Reichspräsidenten, nicht auf den nunmehr vorliegenden Gesetzesentwurf bezogen. Damit ist der politische Konfliktstoff bereits aus dem Gesetzentwurf herausgenommen. Es handelt sich jetzt in der Hauptsache um juristische Formulierungen, die natürlich sehr sorgfältig überdacht werden müssen. Aber dafür werden ja die namhaften Juristen sorgen, die dem Reichsausschuß angehören. Wenn der niedergesetzte Unterausschuß den ausschlaggebenden § 1 des Gesetzesentwurfes so formuliert haben wird, daß jede Spur von Ausnahmeharakter verschwindet, dann ist die Hauptarbeit bereits geleistet.

Die Reichstagsauflösung droht jetzt aus parteipolitischen Gründen. Bei den Besprechungen der drei Regierungsparteien über die Erweiterung der Koalition nach links hin hat die Mehrheitssozialdemokratie dem etwaigen Eintritt der Deutschen Volkspartei zur Regierungskoalition den allerstärksten Widerspruch angekündigt. Und die Freiheit, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, droht bereits offen mit dem Sturz der Regierung und der dann notwendigen Reichstagsauflösung für den Fall, daß Zentrum und Demokraten die Aufnahme der Volkspartei in die Regierungskoalition verlangen sollten. Der Vorwärts, das Organ der Mehrheitssozialdemokraten, erdrückt denn auch bereits die Möglichkeit der Reichstagsauflösung und die Form der Wahlparole. Aber so weit sind zum Glück die Dinge noch nicht. Vorläufig steht nur die Tatsache fest, daß die Mehrheitssozialdemokraten mit den Unabhängigen ernsthaft über deren Eintritt in die Regierung verhandeln und dabei auf überraschende Bereitwilligkeit bei ihren bisherigen Gegnern gestoßen sind. Aber diese Verhandlungen sind noch keineswegs abgeschlossen und die Möglichkeit, daß sie an übertriebenen Einzelerforderungen im letzten Augenblick scheitern, ist durchaus noch gegeben. Aber selbst wenn die Einigung erfolgen sollte, so haben die beiden bürgerlichen Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, noch keineswegs erklärt, daß sie dann gegen die Erweiterung der Koalition nach links sein würden. Sie haben nur verlangt, daß einer Ausdehnung der Koalition nach links zur Erhaltung des Gleichgewichts der Mitte auch eine Ausdehnung nach rechts hin entsprechen müsse. Mit demselben Recht, mit dem die eine Regierungspartei nach links hin eine Verbreiterung der Regierungsbasis und damit eine Verstärkung der Republik anstrebt, können natürlich auch die beiden anderen

Regierungsparteien den Versuch machen, eine Erweiterung und Stärkung der Regierungsbasis nach rechts zu versuchen.

In diesem Sinne erfolgt jetzt ein gemeinsamer Schritt von Zentrum und Demokratie. In ganz ähnlicher Weise, wie es die Sozialdemokratie gegenüber der U.S.P.D. getan hat, wird jetzt vom Zentrum und den Demokraten die Deutsche Volkspartei brieflich zu Verhandlungen über ihren eventuellen Eintritt in die Regierung aufgefordert. Natürlich wird es auch bei diesen Verhandlungen auf die Einzelbedingungen ankommen, über die man sich einigt. Werden sie so formuliert und angenommen, daß alle Befürchtungen der Sozialdemokraten, es könne eine Verschiebung der Regierungsbasis einseitig nach rechts hin möglich werden, ausgeräumt werden, so ist nicht einzusehen, warum einer derartigen Verstärkung der republikanischen Front irgendwelcher Widerstand entgegengesetzt werden sollte. Auch die Mehrheitssozialdemokraten werden sich klar machen müssen, daß eine einseitige Verschiebung nach links hin nicht nur innerpolitische Schwierigkeiten, sondern auch größte Bedenken für die auswärtige Politik in sich schließen dürfte. Die Bereitwilligkeit Englands und Amerikas, Deutschland eine Anleihe zu gewähren, ist offensichtlich nach der Ermordung Rathenaus ganz erheblich geringer geworden. Sie würde auf den Nullpunkt sinken, wenn die Reichsregierung jetzt ein sozialistisches Uebergewicht gewinnen würde. Ohne Anleihe kann aber die deutsche Wirtschaft nicht gefunden. Von diesen Erwägungen ausgehend muß deshalb schon um der Zukunft des deutschen Volkes willen versucht werden, die Regierung ebenso wie nach links auch nach rechts hin zu verstärken. Wer das einen Abmarsch der bürgerlichen Regierungsparteien nach rechts nennt, der stellt bewußt die Dinge falsch dar. Die Mehrheitssozialdemokratie sollte sich vor solcher falscher Taktik um so mehr hüten, als noch keineswegs feststeht, ob die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zu einem Ergebnis führen.

Das Netz der Mordorganisationen.

Die weiteren polizeilichen Ermittlungen über die Hintermänner der Erzberger- und Rathenau-Mörder sowie der Urheber der Attentate auf Scheidemann und Harden beweist, daß gewisse rechtsradikale Organisationen kaum noch verhältnismäßig politische Körperschaften, sondern vielmehr Mordorganisationen schlechthin gewesen sind. Besonders belastet ist den deutschvölkische Schutz- und Trugbund. Aus seiner Schweriner Geschäftsstelle stammte bekanntlich auch die Maschinenpistole, mit der Rathenau ermordet worden ist. Der Besitzer des Autos, der Fabrikant Küchenmeister in Freiberg, rechnete sich auch zu den Deutschvölkischen, und es vervollständigt das Bild der Gefährlichkeit nur, wenn der deutschnationale Parteisekretär bei diesem Fabrikanten ein großes Waffenlager anlegte. Aus zahlreichen Orten wird gleichfalls gemeldet, daß in den Büros des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes schwer belastendes Material gefunden worden ist. Bekanntlich kommen die Deutschvölkischen auf dem letzten deutschnationalen Parteitag triumphierend feststellen, daß sie in der Partei den überragenden Einfluß besäßen. Das drückte sich auch bei der letzten Reichstagswahl aus, wo in dem Wahlkreis Potsdam 2 der Deutschvölkische Wille vor den konservativen Grafen Westarp und die Wahlliste gesetzt wurde. Der verantwortliche Herausgeber der amtlichen 'deutschnationalen Parteiliteratur' ist gleichfalls ein Deutschvölkischer: es ist Otto Walter, der 1903 unter demagogischer Ausnutzung des königlichen Ritualmordskandal im Kreise Schlochau-Platow in den Reichstag gewählt wurde. Ein völkischer Antisemit, der obenrein noch zu den Ritualmordglaubigen gehört, redigiert das parteiamtliche Organ der Deutschnationalen! Der ungewöhnliche Zusammenhang der Deutschnationalen mit den Mordanschlägen hat die deutschnationale Reichstagsfraktion jedoch bis heute noch nicht zu bewegen vermocht, einen dicken Strich zwischen sich und den Herren Wulle, v. Graefe, Penning, Lambach usw. zu ziehen. Gestern war übrigens in Berlin das Gerücht verbreitet, daß der Schriftsteller Hellmuth v. Weizsäcker ermordet worden sei. Die Nachricht hat sich nicht bestätigt. In der Presse werden jetzt allerlei Listen veröffentlicht, die die Namen enthalten, denen angeblich von den Geheimorganisationen nach dem Leben getrachtet wird. Es werden da sowohl die Namen der Minister Erdner und Gieseler wie die der Berliner Chefredakteure Wolff und Bernhardt genannt. Nachdem die Namen einmal bekannt geworden sind, ist es zwecklos sie zu verschweigen. Aber es erleichtert nicht gerade die Nachforschungen und die Greifung schuldiger Mordgesellen, wenn solche Listen publiziert werden. Am Übrigen ist es sehr bemerkenswert,

festzustellen, daß fast alle die genannten Namen von dem Organ des Verbandes nationalgestimmter Soldaten unter jener berücksichtigten Kategorie: Am Branger — veröffentlicht worden sind.

Deutscher Reichstag.

Die gestrige Reichstagsitzung wurde sozusagen zwischen zwei Schachern angehalten. Die vier sozialistischen Interpellationen gegen die Selbstschutzorganisationen, die Regimentssoldaten und das Hindenburgfest in Königsberg lagen schon geraume Zeit zurück und mußten endlich einmal erledigt werden. Dazu bot das Gesetz zum Schutze der Republik, mit dessen erster Lesung die Verlesung der Interpellationen verknüpft wurde, erwünschte Gelegenheit. Es sei gleich vorweg gesagt, daß die Aussprache irgend welche politische Bedeutung nicht gehabt hat und nur deshalb für die sozialistischen Parteien von Wert war, daß sie noch einmal ihren Aktionswillen gegen die völkische Hege und gegen die illegalen Korporationen tätig zum Ausdruck bringen konnten. Der Abg. Moses (Unabh.) hob dabei hervor, daß diese Hege bedauerlicherweise einen neuen Typ verdrängen habe: den des Gymnasialisten, der auch seinen Teil an den politischen Wunden zu haben wünsche. Wodurch wurde zwischen durch die Stimmen der beiden Regierungsparteien, die Vorlage über die Ausführung des Art. 18 der Verfassung (Neubildung von Ländern durch Volksabstimmung) angenommen. In der fortgesetzten Interpellationsdebatte wandelte der Mehrheitssozialist Vogel-Franke auf den Spuren des Abg. Moses, indem er eine lange Reihe angeblicher schwerer Verfassungsverletzungen besonders auch bayerischer Reichswehrverletzungen aufzählte. Darauf hatte die Regierung das Wort. Als erster sprach der Reichsjustizminister Dr. Radbruch und sodann in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers der Major im Reichswehrministerium Schlicher. Dieser sagte die ihm sichtlich unsympathische Aufgabe deutlich als Dienst auf und las und hörte über die unabhängigen Wortattacker der Kommunisten und Unabhängigen mit kalter Ruhe hinweg. Aus dem Bescheid des Ministers ging hervor, daß dieser in dem Königsberger Fall eine andere zeitliche Unterbrechung der militärischen Veranstaltung im Hinblick auf die dort herrschende Erregung für angebracht gehalten hätte. Ferner teilte er mit, daß die Frage des völligen Verbots der Regimentssoldaten gegenwärtig der Prüfung des Gesamtabministers unterliege. Der Innenminister Dr. Röcher führte dann alle die Selbstschutzorganisationen auf, die in der letzten Zeit verboten worden sind und empfahl zur Verstärkung der Handlungsfähigkeit des Reichsinnenministeriums die schnelle Verabschiedung des demnächst dem Reichstag zugehenden Reichskriminalgesetzes. Als schließlich der Königsberger Deutschvölkischer Kunow mit ziemlichem Schärfe die linksradikale Agitation während der Königsberger Hindenburgtage zu kritisieren unternahm, gab es einen Zwischenfall, indem einige Tribünenbesucher bei einer Stelle demonstrativ klatschten, die Kunow gegen die äußerste Linke formulierte. Darüber gerieten Kommunisten und Unabhängige aus dem Häuschen und sorgten höchst eigenhändig dafür, daß die Uebelthäter von der Tribüne unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses entfernt wurden.

Kleine politische Meldungen.

Ein Aufruf der Reichsregierung an die Oberbefehlshaber. Die Reichsregierung ersucht folgenden Aufruf: In wenigen Tagen wird die Interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutschbleibende Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Mutterlande vereint sein. Jeder, der durch geschickliche und unbesonnene Taten gegen die Angehörigen der fremden Mächte unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwört, läßt Oberschlesien und dem ganzen Deutschen Reich schweren Schaden zu. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die ganze Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransports der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, ihre Ruhe zu bewahren, sich aller feindseligen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten und so an der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuwirken. gen. Dr. Witz, Reichstagsler.

Die Finanzkontrolle unter Dach und Fach? Der Berliner Anzeiger meldet aus Paris: Im Finanzministerium teilte der Finanzminister mit, daß die deutsche Regierung die gesamte Kontrolle der deutschen Einnahmen vom 1. September an einem alliierten Dreimänner-Komitee, bestehend aus je einem Franzosen, einem Engländer und einem Belgier, unterstellt habe. Das Komitee habe auch jede Vollmacht, den deutschen Geldverkehr und die deutschen Statistiken zu überwachen und zu kontrollieren.